

Kantonsrat des Kantons Zug
Herr Kantonsratspräsident Stefan Moos
Seestrasse 2, Regierungsgebäude am Postplatz
6300 Zug

Zug, 17. November 2025

Postulat betreffend Lärmschutz und Geschwindigkeitsregime

Sehr geehrter Herr Präsident

Der Regierungsrat wird eingeladen, ein Grundlagenpapier zur Entwicklung einer kantonalen Praxis zur Anordnung von Lärmschutzmassnahmen bei kantonalen Strassensanierungsprojekten zu erarbeiten. Besonderes Gewicht soll das Grundlagenpapier auf die Fragen von Temporegime und Strassenhierarchie bei verkehrsorientierten Strassen legen. Der Regierungsrat soll die erforderlichen Verordnungsänderungen vornehmen.

Begründung:

Auf verkehrsorientierten kantonalen Strassen soll der Verkehr effizient geführt werden können, um so die Funktion des übergeordneten Strassennetzes sicherzustellen. Innerorts gilt auf solchen Strassen in der Regel eine allgemeine Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass Tempo 30 als Lärmschutzmassnahme vermehrt auch auf verkehrsorientierten kantonalen Strassen eingeführt wird oder eingeführt werden soll. Dadurch stehen im Kanton Zug die Leistungsfähigkeit der Strassen und deren übergeordnete Funktion unter Druck.

Die Forderung nach Tempo 30 führt stets zu Diskussionen, weil, zahlreiche, teils gegenläufige Interessen berücksichtigt werden müssen. Neben Verkehrssicherheit, Lärm- und Luftreinhaltung sowie Gesundheitsschutz sind die Leistungsfähigkeit des Strassennetzes, die Fahrplanstabilität des öffentlichen Verkehrs, der Ausweichverkehr, die Reisezeiten und die Kostenfolgen in die Interessenabwägung miteinzubeziehen.

Gerade hinsichtlich dieser Interessenabwägung hat der Kanton einen gewissen Handlungsspielraum. Primär braucht es klare Kriterien und eine einheitliche Praxis, um diesen vielschichtigen Interessen gerecht zu werden. Ansonsten droht, dass verkehrsorientierte kantonale Strassen durch die unkoordinierte Anordnung von Tempo 30 schleichend ihre Kernfunktion verlieren. Der Verkehr würde in die Wohnquartiere

verdrängt. Mit einem Grundlagenpapier könnte für eine vorausschauende, einheitliche Praxis bei verkehrsorientierten kantonalen Strassen gesorgt werden.

Der von der Regierung zu erarbeitender Leitfaden soll aufzeigen, unter welchen Voraussetzungen Lärmschutzmassnahmen bei Strassensanierungen überhaupt in Betracht zu ziehen sind. Hierzu ist insbesondere die Beibehaltung der Strassenhierarchie sowie der aktuelle Stand der Technik im Bereich von Messmethoden und Flüsterbelägen miteinzubeziehen. Der Regierungsrat wird ersucht, allfällig erforderliche Verordnungsänderungen gestützt auf den neuen Leitfaden vorzunehmen.